

Vergabestelle

GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Planckstraße 1
64291 Darmstadt

Datum der Versendung 20.08.2026

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb
☐ Freihändige Vergabe
☐ Freihändige Vergabe nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum 14.09.2026 Uhrzeit 12:00

Eröffnungstermin

Datum 14.09.2026 | Uhrzeit 13:00

Ort

Raum

Bindefrist endet am 14.01.2027

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß Abschnitt 1 der VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

Rohrtrasse Testinghalle-BG-Kühlcontainer KC1-KP04

Vergabenummer

Leistung

63/2600039939

Rohrtrasse Testinghalle-BG-Kühlcontainer KC1-KP04

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

8_Bietertool_Anleitung_DE.pdf

VVB 212 - Teilnahmebedingungen 07-2019.docx

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

20260819_Terminplan_Rohrleitungsbau_Stahlbau_TES-BG.pdf

GSI_BTTG (DE+EN).pdf

HSE-Anforderungen.pdf

VVB 214 - Besondere Vertragsbedingungen 07-2019.pdf

VVB 241 - Abfall 12-2017.docx

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

20260819_LV-Blankett_Rohrleitungsbau_Stahlbau_TES-BG_V3.d83

20260819_LV-Blankett_Rohrleitungsbau_Stahlbau_TES-BG_V3.pdf

GSI-Formular-Eignung_VOB-nat.öffentl_63-2600039939.docx

VVB 124 - Eigenerklärung zur Eignung 07-2019 - Fassung 2022.docx

VVB 213 - Angebotsschreiben - Einheitliche Fassung 07-2019.rtf

VVB 221 - Preisermittlung bei Zuschlagskalkulation 12-2017.docx

VVB 222 - Preisermittlung bei Kalkulation ueber die Endsumme 12-2017.docx

VVB 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen 12-2017.docx

VVB 234 - Erklärung Bieter-_Arbeitsgemeinschaft 12-2017.docx

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind

VVB 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen 12-2017.docx

1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt elektronisch über die Vergabeplattform

VMPConnector: <https://www.dtv.de/Center>

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

Bedingung an die Auftragsausführung

- Eigenerklärung MiLoG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG).

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Nachweis der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (§6 VOB/A) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen, § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Es ist ein Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen mit folgenden Deckungssummen:
 - für Sach- und sonstige Schäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
 - für Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
- Unternehmensdarstellung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): a) Unternehmensdaten allgemein
b) Mitarbeiterzahl gesamt sowie Aufschlüsselung der Mitarbeiterzahl für die letzten 3 Geschäftsjahre:
 - Verwaltung
 - Entwicklung / Konstruktion
 - Produktion

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Beschreibung von Referenzprojekten (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Beschreibung von drei vergleichbaren Referenzprojekten, mit Angabe der in dem GSI-Formblatt abgefragten Daten. Die Referenzen müssen in Bezug auf Ausführungs-Technik und Volumen mit der hier ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Allen Referenzen sind Bescheinigungen der Referenzgeber über die ordnungsgemäße Ausführung beizulegen. Werden Referenzen von Nachunternehmern abgegeben, so ist von dem jeweils referenzgebenden Nachunternehmer dem Angebot eine Verfügbarkeitserklärung (Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) beizufügen. HINWEIS: Diese 3 vergleichbaren Referenzen sind auch von präqualifizierten Unternehmen einzureichen.
- Nachweise Nachunternehmer (VOB/A) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Jeder beabsichtigte einzusetzende Nachunternehmer ist mit Angebotsabgabe namentlich einschließlich der Adressdaten zu benennen. Nachunternehmer müssen präqualifiziert sein, oder Ihre Eignung zur Zuverlässigkeit gem. Formblatt VVB-124 nachweisen.

Bedient sich ein Bieter im Rahmen der Eignungsleihe eines Nachunternehmers, dann ist der die Eignungsleihe betreffende Nachweis jeweils nur von dem Nachunternehmer vorzulegen. Der Bieter hat dann den Nachweis zu führen, dass das für die Eignungsleihe eingesetzte Unternehmen für die Ausführung zur Verfügung steht (Abgabe des Formblattes Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen).

3.2 - frei -

3.3 Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden nachgefordert

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Eignung durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. Formblatt VVB124 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Eignung wird durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. den auf Formblatt VVB124 geforderten Unterlagen; gem. Formblatt VVB124 haben nicht präqualifizierte Bieter nach Aufforderung innerhalb von 6 KT die geforderten Unterlagen bei der Vergabestelle einzureichen, insbesondere:
 - Vorlage Gewerbeanmeldung
 - Vorlage Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
 - Vorlage Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
 - Freistellungsbescheinigung nach §48b EStG
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft
- Geforderte Qualifikation Mitarbeiter: Nachweise zur Qualifikation und Berufserfahrung der zur Ausführung der Leistung eingesetzten Mitarbeiter sind dem Angebot beizufügen. Die zur Ausführung eingesetzten Arbeiter/ Mitarbeiter müssen mind. eine Berufsabschlussprüfung zu dem ausgeschriebenen Gewerk nachweisen. Baustellenleiter od. Vorarbeiter müssen höherwertigere Qualifikationen nachweisen (wie z. B. Polierprüfung, Meister, Techniker, etc.).
- Vorlage Urkalkulation: Auf Verlangen der Vergabestelle ist nach Submission vor Zuschlagserteilung eine vollständige und ausführliche Urkalkulation unverzüglich einzureichen. Die Urkalkulation muss mind. folgende Angaben enthalten:
 - Positionsweise Darstellung aller Einzelkosten der Teilleistungen (Lohn, Material, Geräte, Nachunternehmer, Sonstiges) mit Zeitansätzen, Verbrauchsmengen, Einkaufspreisen, Gerätekennwerten, positionsweise Angaben zum geplanten Mitarbeitereinsatz
 - Ausweis der darauf bezogenen Zuschläge/Umlagen (BGK, AGK, Wagnis, Gewinn) sowie Summenblätter mit Gesamtstunden und Zuschlagssummen
 - Nachlässe und weitere Zuschläge (Rabatte, Skonto, usw.), soweit sie in die Einheitspreise eingerechnet wurden.

Die Urkalkulation muss vom Bieter zur Öffnung durch den Auftraggeber (GSI) freigegeben werden und darf nicht mit einem Sperrvermerk oder Siegel oder Passwort versehen werden. Sollten Unstimmigkeiten zwischen der Urkalkulation und den mit dem Angebot einzureichenden Preis-Formblättern festgestellt werden, sind diese aufzuklären. Sofern Unstimmigkeiten nicht plausibel aufgeklärt werden können, wird das Angebot ausgeschlossen. Angeforderte Urkalkulationen von nicht erfolgreichen Bietern, werden nach endgültiger Vergabe-Entscheidung in wieder verschlossenem Umschlag an die Bieter zurück gesendet , oder vernichtet.

4 Losweise Vergabe

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☐ für ein Los oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann
- Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung
- Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☐ zugelassen.
- Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
§ 13 Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
- ☒ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen gilt nicht.
- 6.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen) -
ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
- ☐ für die gesamte Leistung
- ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:
- ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:
- ☐ unter folgenden weiteren Bedingungen:
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- ☒ Zuschlagskriterium Preis
- Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen,
insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel,
Instandhaltungsangeboten.
- ☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

8 Zugelassene Angebotsabgabe

- ☒ elektronisch in Textform.
- ☐ elektronisch mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel.
- ☐ elektronisch mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
- ☐ schriftlich.

Bei **elektronischer Angebotsübermittlung** in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Bei **schriftlicher Angebotsabgabe** ist das beigefügte Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

- ☐ siehe Briefkopf
- ☐ Stelle:

9 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann (Nachprüfungsstelle nach § 21 VOB/A):

10 Weitere Angaben

Sonstiges

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform DTVP. Sämtliche Vergabeunterlagen werden auf dem DTVP zum Download bereit gestellt.

Es ist ein vollständig bepreistes Angebot in einer unveränderlichen PDF-Version und zusätzlich nach Möglichkeit eine GAEB-Format Version des Angebotes mit hoch zu laden.

HINWEIS zur elektronischen Rechnungsstellung:

Akzeptiert wird das X-Rechnungsformat mit zusätzlicher Übersendung der Rechnung als -pdf-Datei.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise

Ein Vergabenachprüfungsverfahren steht für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte nicht zur Verfügung, lediglich der allgemeine gerichtliche Rechtsschutz durch einen Eilantrag oder eine Klage. Das zuständige Zivilgericht ist - je nach Streitwert

§ 3 ZPO - das folgende:

Amtsgericht Darmstadt Mathildenplatz 12

64283 Darmstadt

Postanschrift:

Postfach 11 09 51

64224 Darmstadt

Tel.: 06151/9920

Fax: 06151/9925050

E- Mail: redaktion@ag-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Landgericht Darmstadt Mathildenplatz 13/15

64283 Darmstadt

Postanschrift:

64278 Darmstadt

Tel.: 06151/121

Fax: 06151/125917

E-Mail: verwaltung@lg-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Auch wenn die formelle Rügepflicht nach § 107 GWB nur für Verfahren oberhalb der Schwellenwerte gilt, sind die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich wegen aus ihrer Sicht bestehender Verstöße

gegen die vergaberechtlichen Grundsätze von Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung vor
Einleitung gerichtlicher Verfahren an die GSI zu wenden.
